

Parlamentarischer Vorstoss

2019/119

| | |
|-----------------------|--|
| Geschäftstyp: | Postulat |
| Titel: | Deponien / Baustoffkreislauf im Kanton Basel-Landschaft |
| Urheber/in: | Rolf Blatter |
| Zuständig: | — |
| Mitunterzeichnet von: | — |
| Eingereicht am: | 31. Januar 2019 |
| Dringlichkeit: | — |

Der Kanton Basel-Landschaft hat wie alle Kantone die Aufgabe, nicht verwertbares, unverschmutztes Aushubmaterial (Abfall für eine Deponie vom Typ A) sowie Interstoffe (chemisch-physikalisch weitgehend inaktives, inertes Material) und wenig verschmutztes Aushubmaterial (Abfall für eine Deponie vom Typ B) möglichst innerhalb des eigenen kantonalen Perimeters zu deponieren. Das entspricht einerseits der Eigenverantwortung und erspart andererseits den Baufirmen lange Wege zur Deponie – die sind weder ökologisch noch ökonomisch. Über die Jahrzehnte sind zahlreiche, zumeist kleinere Deponien betrieben worden; viele dieser Deponien sind aber aufgefüllt und nach den Regeln der Kunst/Technik abgeschlossen und der Natur überlassen worden. Unverschmutztes Baselbieter Aushubmaterial wird infolge fehlender eigener Deponien vom Typ A derzeit grossmehrheitlich im Ausland deponiert (ca. 85%); etwa 90 % davon in Frankreich, etwa 10 % in Deutschland. Inertstoffe sowie schwach und wenig verschmutztes Aushubmaterial darf aufgrund der Regelungen zum internationalen Verkehr mit Abfällen nicht zur Deponierung exportiert werden. Diese Abfälle müssen stofflich verwertet bzw. im Inland deponiert werden.

Um einerseits die regionale Entsorgungssicherheit zu gewährleisten und andererseits die Abhängigkeit vom Ausland bezüglich dessen Erteilung der Bewilligungen zur Rekultivierung von Materialnahmestellen (Kiesgruben) mit Baselbieter Aushubmaterial reduzieren zu können, drängt sich eine nachhaltige und rasche Lösung zur Problematik der Verwertung bzw. Entsorgung von Aushubmaterial und Inertstoffen im eigenen Kantonsgebiet auf. Die Bau- und Umweltschutzdirektion plant deshalb die Strategie weiterzuverfolgen, sowohl für das Kantonsgebiet Ost als auch West entsprechende Deponiestandorte zu identifizieren, raumplanerisch zu sichern sowie von privaten Anbietern errichten und betreiben zu lassen.

Im November 2016 ist die Volksabstimmung über grundsätzlich sehr geeignete Deponiestandorte verloren gegangen - infolge eines Referendums gegen den Eintrag im KRIP. Dies aufgrund zweier umstrittener Standorte im Raum Zwingen-Blauen. Im Nachgang an diese Abstimmung hat LR Markus Graf in einem Postulat vorgeschlagen, der Regierungsrat solle prüfen, ob anstelle grosser Deponien (wie am Standort Zwingen/Blauen) nicht kleinere Deponie-Gebiete in grösserer Anzahl in verschiedenen Gemeinden die bessere Lösung darstellen könnten. Vor dem Hintergrund politischer Schwierigkeiten (erforderliche kommunale Zonenplanung und im Falle eines Referendums

Volksabstimmung für jede einzelne Deponie) würde sich bei einer Vielzahl kleinerer teurer Deponien die erforderlichen politischen Aufwendungen bis zu Bau und Betrieb kleineren Deponieanlagen vervielfachen. Überdies käme auf diese Weise wohl zu wenig Deponievolumen zusammen. Zudem müssen die Auswirkungen von Deponien auf die Umwelt überwacht werden. Dies losgelöst von der Grösse der Deponie. Bei vielen kleinen Deponiestandorten würde sich der Aufwand für diese Überwachung vervielfachen. Aus ökologischer und ökonomischer Sicht sind weniger, aber grössere Deponiestandorte zu bevorzugen.

Aus diesem Grund erscheint die Verfolgung der ursprünglichen Deponie - Strategie sinnvoll, für den westlichen und östlichen Kantonsteil je wenige, aber volumenmässig ergiebige Standorte zu definieren. In einem langen und aufwendigen Prozess hat die Verwaltung eine aktuelle und vollständige Liste mit möglichen Deponie-Standorten erstellt und die Standorte durch ein Ingenieurbüro gemäss einem Kriterienkatalog zu bewerten. Diesen Prozess zu wiederholen brächte (bei den gleichen – sinnvollen Kriterien) in der Logik eine identische Rangliste hervor - darauf kann deshalb verzichtet werden. Bei einer neuen Vorlage sollen die Fehler der vergangenen Projekte nicht wiederholt werden. Die Zeit drängt jedoch sehr; die bestehenden Deponiekapazitäten gehen aus verschiedenen Gründen schneller als geplant zu Neige.

Nicht nur als Ergänzung, sondern aus übergeordneter Sicht soll deshalb der Gesamtkreislauf von Baustoffen untersucht werden. Erhebliche Teile der aus Neubauten im Tief- und Hochbau stammenden Aushubvolumen sowie Inertstoffe aus Abbrüchen und Umbauten müssen gar nicht endgültig deponiert werden: aktuelle Technologien erlauben ansehnliche Anteile zu rezyklieren und als hochwertige Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) den Bauprozessen wieder zuzuführen – auch wenn dies das Deponieproblem nicht zu lösen vermag. Dies nicht zuletzt auch aus dem Grund, als dass die Bauabfallmengen tendenziell zunehmen werden. Grundlage für den Stoffkreislaufschluss im Baubereich ist aber eine technische und finanzielle Marktakzeptanz betreffend RC-Baustoffe. Dazu sind entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich.

- **Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen und darüber zu berichten:**
 - **Wie könnte der Aufbau einer für die Region Basel ausgelegten Aufbereitungs-Anlage für unverschmutztes und belastetes Aushubmaterial sowie für mineralische Bauabfälle gefördert werden, dank welcher der heutige grosse Deponieraumbedarf reduziert werden könnte?**
 - **Wie könnte der Einsatz von RC-Baustoffen gefördert werden? Wie könnte der Kanton als bedeutender Bauherr eine Vorbildrolle wahrnehmen?**
 - **Wie müsste sinnvolles Pricing für Deponien UND RC-Baustoffe aussehen, um sicherzustellen, dass der mit verhältnismässigem Aufwand recycelbare Anteil an Bauabfällen im Kreislauf bleibt?**
 - **Wie können bei Deponievorhaben Projektorganisationen und -abläufe angepasst werden, Standortgemeinden und Landeigentümer viel früher einbezogen werden?**
 - **Wie soll die Minimalgrösse eines möglichen Deponie-Standortes (Deponietyp A und B) sein - um einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen?**
 - **Welche sind im Westteil die nächsten 1-2 Standorte aus der Übersichtsliste der möglichen Deponien (Grundlage zur Vorlage für den Standort Zwingen/Blauen)?**
 - **Sind im Ostteil allenfalls mehrere dezentrale Standorte ins Auge zu fassen (um sich nicht auf die Erweiterung «Höli» zu begrenzen)?**

- **Wie kann in der BUD der langfristige Prozess der Planung/Überwachung von Deponie-Standorten garantiert werden, sodass eine akute Notsituation, wie sie uns bevorsteht, inskünftig vermieden werden kann?**
- **Können die Kriterien zur Deponie-Pflicht überprüft, respektive überarbeitet werden? Heute werden viele Bauabfälle deponiert, welche vor einer einzigen Generation noch bedenkenlos wiedereingesetzt werden konnten.**